

Medienmitteilung, Bern, 19. November 2025

Die Güterverlagerung muss dringend wieder auf Kurs kommen

Der Bundesrat hat heute den achten Verlagerungsbericht zum alpenquerenden Güterverkehr verabschiedet. Die LITRA, der Schweizerische Nutzfahrzeugverband (ASTAG), die Interessengemeinschaft Kombinierte Verkehr, der Verband der verladenden Wirtschaft (VAP) und der Verband öffentlicher Verkehr (VöV) mit der Kommission Güterverkehr sind sich bewusst, dass die bisherigen Erfolge an Grenzen stossen. Umso wichtiger sind Gegenmassnahmen mit Beteiligung aller involvierten Kreise. Ausdrücklich unterstützt werden die vorgeschlagenen Massnahmen des Bundesrats, um den negativen Trend zu stoppen und die alpenquerende Verlagerung auf die Schiene wieder auf Kurs zu bringen.

Die Schweizer Verlagerungspolitik ist im europäischen Vergleich eine absolute Erfolgsgeschichte. Mit der Liberalisierung des Schienengüterverkehrs, dem Bau der NEAT und der Einführung der LSVA konnte der alpenquerende Gütertransitverkehr von Grenze zu Grenze zunehmend von der Strasse auf die Schiene verlagert werden. In den letzten Jahren hat sich dieser Trend jedoch gedreht. Über diese Entwicklung sind die unterzeichnenden Organisationen besorgt. Sie steht im Widerspruch zum verfassungsmässigen Verlagerungsauftrag. Mit der Einstellung der Rollenden Landstrasse (Rola) auf Ende 2025 wird der Handlungsdruck für die Politik und die verladende Wirtschaft zusätzlich verstärkt, die Güterverlagerung wieder auf den richtigen Kurs zu bringen.

Korridorkoordination stärken

Mit der NEAT steht in der Schweiz eine hervorragende Schieneninfrastruktur im Nord-Süd-Korridor zur Verfügung. Doch schlecht geplante Baustellen, Umleitungen, Verspätungen im Ausland - und damit verbundene häufige Ausfälle von Zügen - verunmöglichen seit Jahren einen erfolgreichen Betrieb. Viele Kunden von Bahnunternehmen im internationalen Schienengüterverkehr möchten ihre Güter per Bahn transportieren, doch die Bahnunternehmen können immer öfter gar nicht fahren. Sie verlieren derzeit Millionen und Transporte werden zurück auf die Strasse verlagert.

Für die kommenden Jahre ist es deshalb absolut entscheidend, dass die Schweiz den politischen Dialog mit Deutschland und weiteren Korridorstaaten intensiviert, um den Ausbau und die Instandhaltung der Bahninfrastruktur, insbesondere in Deutschland, voranzutreiben. Bauarbeiten müssen jedoch zwingend grenzüberschreitend koordiniert und zeitlich so abgestimmt werden, dass keine gleichzeitigen Sperrungen auf Haupt- und Umleitungsrouten entstehen. Besonders wichtig ist eine Vereinbarung mit Deutschland, um die Gäubahn-Strecke (inkl. Zuführung Raum Mannheim) Kornwestheim–Singen–Zürich–Gotthard während Bauarbeiten im Rheintal von Baustellen freizuhalten. Ebenso braucht es abgestimmte Betriebszeiten zwischen den beteiligten Akteuren sowie ausreichende Ersatzkapazitäten bei baustellenbedingten Sperrungen, damit der Güterverkehr in den nächsten Jahren stabil und planbar bleibt.

Für den mittelfristigen Zeitraum ab 2030 erachten wir weitere Massnahmen als zwingend notwendig, um den Erfolg der Verlagerungspolitik langfristig zu sichern. Dazu gehören der linksrheinische Ausbau eines zweiten 4-Meter-Korridors von Antwerpen über Thionville nach Strasbourg und die finanzielle Entlastung für die Güterbahnen auf der Strecke Chiasso–Bellinzona zur Stärkung der Gotthardachse. Zudem setzen wir uns mit Nachdruck dafür ein, dass die Strecke Singen–Zürich–Gotthard vollständig auf den TEN-Standard ausgebaut wird.

Verlässliche Rahmenbedingungen für Planung und Investitionen schaffen

Um die Verlagerung auf die Schiene nicht noch weiter zu schwächen ist es wichtig, dass die vom Bund gewährten Betriebsbeiträge für die Jahre 2026 bis 2028 diskriminierungsfrei auf dem Niveau von 2025 beibehalten werden. Auf einen Abbau dieser Beiträge muss dringend verzichtet werden, damit die Mehrkosten infolge der aktuell schlechten Infrastrukturbedingungen abgedeckt und die Verlagerung der Rola-Verkehre auf den kombinierten Verkehr unterstützt werden können.

Für eine nachhaltige Trendumkehr in der Verlagerung braucht es für die Jahre 2026 bis 2028 weitere, gezielte finanzielle Entlastungen der Güterbahnen. Dazu gehören tiefere Trassenpreise und Bahnstromkosten, der Erlass von Trassenstornierungsgebühren sowie Entschädigungen bei baustellenbedingten Zugausfällen.

Zur Absicherung der anstehenden Investitionsentscheide der verladenden Wirtschaft und besseren langfristigen Planbarkeit der Verlagerung, erwarten wir schliesslich, dass der Bundesrat die Verlängerung der Fördermittel für den kombinierten Verkehr ab 2031 vorsieht und dem Parlament rechtzeitig eine entsprechende Vorlage unterbreitet.

Unmittelbar werden mit der Einstellung der Rola Mittel von rund 60 Millionen Franken frei. Diese müssen gezielt in die Stärkung der Verlagerungspolitik investiert werden, beispielsweise in Bauprojekte auf der linksrheinischen Achse, in kurzfristige Kostenkompensationen oder in die Aufstockung der Betriebsbeiträge bis 2028.

Gemeinsam für eine erfolgreiche Güterverlagerung

Als Branche stehen wir weiterhin vollumfänglich hinter den Verlagerungszielen des Bundes. Wir sind bestrebt und arbeiten daran, die verlorenen Marktanteile wieder zurückzugewinnen. Dafür wurden seitens der Branche beispielsweise neue Produktionsmodelle erarbeitet und Arbeitsgruppen in verschiedenen Bereichen gegründet. Damit die verkehrspolitischen Ziele der Schweiz erreicht werden können, bedarf es auf Grund der um Jahre verzögerten Infrastrukturausbauten im Ausland auch seitens der Schweizer Politik und der Infrastrukturbetreiberinnen einer notwendigen Unterstützung.

Für Fragen stehen Ihnen die unterzeichnenden Personen der fünf Organisationen zur Verfügung.

LITRA



Martin Candinas, Nationalrat
Präsident (078 841 66 86)

ASTAG



Thierry Burkart, Ständerat
Zentralpräsident (078 764 15 88)

IG Kombiniertes Verkehr



Hans-Jörg Bertschi
Präsident (079 330 50 72)

VAP



Josef Dittli, Ständerat
Präsident (079 567 73 11)

Verband öffentlicher Verkehr (VöV)



Ueli Stüchelberger
Direktor (079 613 77 01)

Kommission Güterverkehr VöV



Philipp Wegmüller
Präsident (079 335 37 39)